

Laudatio auf Andreas Rödder
anlässlich der Verleihung des Publizistik-Preises der Hayek-Stiftung

Jens Weidmann, Berlin 4.9.2022

Sehr geehrter Herr Bundespräsident, lieber Herr Köhler,
meine Damen und Herren,
lieber Herr Professor Rödder,

wir durchleben turbulente, äußerst unsichere Zeiten. Zeiten, die mit weitreichenden und teilweise interdependenten Umbrüchen verbunden sind. Diese machen in vielen Bereichen neue politische Positionsbestimmungen notwendig, die jeweils auch unser Verhältnis zu individuellen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Freiheiten berühren.

In der Ukraine versucht ein russischer Autokrat den Freiheitswunsch eines ganzen Volkes mit militärischer Gewalt zu unterdrücken. Es ist auch ein Angriff auf unsere regelbasierte Nachkriegsordnung und der Versuch, der Herrschaft des Rechts das Recht des Stärkeren entgegenzusetzen. In Deutschland hat der Überfall auf die Ukraine einen außen- und sicherheitspolitischen Paradigmenwechsel herbeigeführt.

Er macht uns auch die Gefahren wirtschaftlicher Abhängigkeiten von autokratischen Systemen bewusst. Es ist also nicht allzu weit hergeholt für die Zukunft, vermehrt Handel zwischen stärker gleichgesinnten Partnern zu erwarten. Auch durch die Erfahrungen mit Lieferengpässen während der Pandemie rückt die Sicherheit von Lieferketten stärker in den Vordergrund und wird inzwischen höher gewichtet als eine wirtschaftlich möglichst vorteilhafte globale Arbeitsteilung.

Und es bildet sich ein neues Rollenverständnis des Staates heraus. Die Pandemie hat die seit der Finanzkrise zu beobachtende Entwicklung hin zu einem stärker steuernden, stärker stützenden Staat nochmals verstärkt. Industriepolitische Eingriffe nehmen zu. Die Energiekrise befördert diese Tendenzen weiter. Die damit verbundenen wirtschaftlichen Verwerfungen fordern — wie in der Pandemie — den Staat in seiner sozialen Verantwortung, in seiner Rolle als Versicherer der letzten Instanz, führen aber auch dazu, dass er immer mehr als Gestalter wirtschaftlicher Abläufe und Beziehungen auftritt. Andreas Rödder hat im August in „Die Welt“ von „einem sozial immer umfangreicher fürsorgenden, regulierenden, lenkenden Staat“ gesprochen, „der den Bürgern alle

möglichen Aufgaben abnimmt, von Erziehungsleistungen durch die Kita über Covid bis zum 9-Euro-Ticket.“¹

Zugleich entsteht dadurch eine Erwartungshaltung in Bezug auf zukünftige staatliche Unterstützungsleistungen, etwa um rasant steigende Energiepreise sozial abzufedern, oder in Bezug auf die Schuldenfinanzierung neuer politischer Prioritäten. Dabei hat die Staatsverschuldung bereits Rekordwerte erreicht und läuft in manchen Ländern Gefahr, zukünftige gesellschaftliche Handlungsfreiheiten spürbar einzuschränken.

Hinzu kommt, dass die Bekämpfung des Klimawandels eine tiefgreifende strukturelle Transformation unserer Volkswirtschaften erfordert. Das bedeutet ein massives politisches Gegensteuern, dessen Dimension sich viele noch nicht richtig ausmalen können. Die jüngsten Energiepreissteigerungen durch den Krieg in der Ukraine sind ein Vorgeschmack auf die Folgen der notwendigen CO₂-Bepreisung.

Es ist zudem wahrscheinlich, dass die Paris-Ziele politisch nicht ausschließlich durch eine CO₂-Bepreisung zu erreichen sind, sondern auch weitere staatliche Eingriffe und Regulierungen notwendig werden. Auch hier steht die Politik vor einem Balanceakt, denn die

¹ Interview mit Andreas Rödder in „Die Welt“, 16. August 2022, S. 14-15

Freiheitseinschränkungen heute sind abzuwiegen gegen die absehbar erdrückenden zukünftigen Freiheitsbeschränkungen in einer Welt, in der Klimawandel außer Kontrolle gerät und die Lebensgrundlagen ganzer Länder und Generationen zerstört werden.

Auch die Geldpolitik steht möglicherweise an der Schwelle zu einem neuen Regime, indem die Inflation Gefahr läuft, sich aus sich selbst heraus zu nähren und immer schwerer einzufangen ist. Mit Blick auf den Euro-Raum ist da ist zum einen die Frage, ob die Europäische Zentralbank rechtzeitig und angemessen auf den Inflationsdruck reagiert. Aus meiner Perspektive ist aber eine andere Entwicklung bedeutsamer, da sie das Potential hat, das geldpolitische Koordinatensystem grundlegend und dauerhaft zu ändern: Mit dem neuen Antifragmentierungsinstrument TPI, das unbegrenzte Staatsanleihenkäufe ohne wesentliche Konditionalität verspricht, maßt die Notenbank sich an, zu jeder Zeit angemessene Risikoprämien bestimmen zu können und sie am Kapitalmarkt zu garantieren. Sie muss sich dafür eine Meinung zum Ausgang von Wahlen und politischen Prozessen bilden und voraussichtliche Politikentscheidungen mit Blick auf Wachstum und Staatsfinanzen bewerten, denn all dies spiegelt sich in den Marktpreisen wider, die die EZB sich anschickt zu korrigieren. Die Notenbank wird dadurch weiter politisiert.

Das in den diversen Krisen gewachsene neue Rollenverständnis der Notenbank und Verschiebungen im Europäischen Institutionengefüge führen de facto zu einer neuen europäischen Wirtschaftsordnung, in der es schwerer wird, die Balance von Handeln und Haftung zu halten. Wenn sich die gemeinschaftliche Haftung erhöht, die meisten Länder aber nicht bereit sind, Souveränität an die Europäische Ebene abzutreten, oder noch nicht einmal die relativ milde Koordinierung der Fiskalregeln zu akzeptieren, entsteht eine Schieflage.

Unabhängig davon, ob man das persönlich als Hamiltonischen Moment begrüßt oder mit Blick auf die wirtschaftliche Dynamik, die Stabilitätskultur und den Zusammenhalt der Union für problematisch hält, muss einen die fehlende politische Auseinandersetzung über die neue Architektur der Währungsunion sorgen. Denn ohne sie kann der gesellschaftliche Konsens über die weitere Europäische Integration bestenfalls brüchig sein.

Aus all dem folgt: In einer gewissen Weise ist es derzeit ein schwieriges Umfeld für die Freiheit. Es ist aber eben auch ein Umfeld, in dem die optimistische Grundüberzeugung Friedrich August von Hayeks mit Blick auf die Kraft der Freiheit besondere Bedeutung hat. Joachim Gauck hat es meines Erachtens vor einigen Jahren hier

treffend auf den Punkt gebracht und seine Worte haben nichts an Aktualität eingebüßt:

„Unsere Freiheitsgeschichte fortzuschreiben die Freiheitsgeschichte Deutschlands, Europas und der auf Demokratie und Rechtsstaat beruhenden Staatengemeinschaft das stellt uns im Angesicht der mannigfachen und massiven Freiheitsbedrohungen vor große Aufgaben.“

Dabei kann es aus meiner Sicht nicht darum gehen, den Freiheitsbegriff von Hayek blindlings auf unsere heutigen Probleme zu übertragen. Aber viele seiner Überzeugungen bereicherten auch unsere Diskussionen heute und unterstrichen kraftvoll einige der Risiken der zuvor dargelegten Entwicklungen. So hat Hayek immer die zentrale Bedeutung des Preismechanismus als Instrument der Wissensteilung betont. In einem funktionierenden wettbewerblichen Markt stecken im relativen Preis alle relevanten Information für Konsumenten wie Produzenten, damit sie auf sich ändernde ökonomische Umstände reagieren können. Oder mit den Worten Hayeks ist „sowohl das Ziel der marktwirtschaftlichen Ordnung als auch [...] der Gegenstand ihrer theoretischen Erklärung, die vermeintliche Unsicherheit jedes einzelnen über die meisten der besonderen Tatsachen, die diese Ordnung bestimmen, zu

bewältigen“.² Umgekehrt gilt: Wird der Wettbewerb gehemmt und werden die Preisrelationen verzerrt, vergeblich man die Möglichkeit, das in den Preisen geronnene, verstreute Wissen zu nutzen.

Diese Einsicht wiegt umso schwerer als Hayek immer wieder — zu Recht — auf die Fehlbarkeit der Menschen und die Notwendigkeit der Demut mit Blick auf unser Verständnis der (wirtschaftlichen) Zusammenhänge verwies. Hayek wusste um die Komplexität des Wirtschaftssystems und warnte davor, dass sich Ökonomen, aber auch die Politik zu viel Wissen über sein Funktionieren anmaßen. Entsprechend sah er die „Forderung nach einer wissenschaftlicheren Lenkung der menschlichen Tätigkeit“³ als Gefahr.

Gerade die sozialen Interaktionen, die uns als Menschen ausmachen, tragen zur Komplexität bei und führen dazu, dass Wirtschaftsprozesse oft nicht-stationär und nicht-linear sind und eben nicht immer wieder zurück zum Gleichgewicht streben. Das lässt sich bestens anhand von Nussmischungen illustrieren: Diese Tüten mit allen möglichen Nussorten, die es in jedem Supermarkt zu kaufen gibt. Schütteln Sie eine solche Tüte kräftig durch und Sie werden feststellen, dass — entgegen Ihrer Intuition — die großen und schweren Paranüsse ganz nach oben wandern. Der Grund ist,

² F.-A. von Hayek (1978), Ludwig-von-Mises „Zur Bewältigung der Unwissenheit“ S. 101

³ F.-A. von Hayek (1974) Rede anlässlich der Verleihung des Nobelpreises „Die Anmaßung von Wissen“

dass die verschiedenen Nüsse sich gegenseitig beeinflussen, sie interagieren. Sie können es nachher zu Hause ausprobieren oder aber das wissenschaftliche Papier aus dem Jahr 1987 lesen, das dazu im *Journal of the American Physical Society* erschienen ist. Das Verhalten dieser Nussmischungen ist eine Anwendung agentenbasierter Modellierungen, die gemeinhin Komplexität und Nichtlinearität erklären.

Nach unserem Ausflug an das Snackregal zurück zum Thema. Es braucht nach meinem Dafürhalten einen breiten gesellschaftlichen Diskurs über die von Hayek postulierten Prinzipien: Es geht um unsere Freiheitsordnung, unser grundsätzliches Vertrauen in Marktprozesse, die Risiken staatlicher Feinsteuerung, letztlich um die Frage, wie wir am besten individuelle Freiheiten wahren und gleichzeitig nachhaltig wirtschaftliche Prosperität sowie Teilhabe generieren können. Es geht um nicht weniger als unser Gesellschaftsmodell. Insofern verwundert es nicht, dass sich genau diese Auseinandersetzung wie ein roter Faden durch all die weiter oben angesprochenen Themen zieht.

Aber in dem Maße, in dem die Erwartungen an den Staat von Krise zu Krise steigen, die staatlichen Eingriffe in Marktprozesse zunehmen und der Glaube an die Möglichkeiten der wirtschaftlichen Feinsteuerung wieder stärker en vogue ist, werden auch die Stimmen

bedeutsamer, die freiheitliche Grundsätze verfechten. Und Herr Rödder ist eine solche, weit hörbare und auch streitbare Stimme. Er hat in den letzten Jahren die angesprochene Wertedebatte, insbesondere auch mit Blick auf die europäische Dimension, einschließlich der europäischen Wirtschafts- und Finanzpolitik, maßgeblich geprägt. Dabei zeichnet ihn aus, dass er diese für die Zukunft Deutschlands und Europas so wichtigen Debatten weit in die Gesellschaft hineinträgt, durch seine populären Bücher, seine einordnenden Artikel in Zeitungen, aber auch seine Initiative Republik21, eine Denkfabrik für neue bürgerliche Politik, die zur Zielsetzung hat, "Politikansätze zu stärken, die auf den Grundgedanken von Freiheit, Eigenverantwortung, Pluralismus, Rechtsstaatlichkeit und sozialer Marktwirtschaft fußen."⁴

In seinem 2019 veröffentlichten Buch „Konservativ 21.0. Eine Agenda für Deutschland“, in dem er sein Verständnis von Konservativismus des 21. Jahrhunderts darlegt kritisiert er wirtschaftspolitische Feinsteuerung mit ganz ähnlichen Argumenten wie Hayek: Er lehnt eine wissensanmaßende Politik des „*utopian social engineering*“ ab und plädiert stattdessen für Maß und Mitte. Mit Blick auf die Umweltpolitik schreibt er exemplarisch: „*Eine konservativ-pragmatische Umweltpolitik wendet sich demzufolge gegen*

⁴ <https://denkfabrik-r21.de/denkfabrik/>

ideologischen Absolutismus und setzt sich für möglichst umfassende Schutzmaßnahmen ein.“

Und was die Wirtschaftspolitik angeht, rät er dazu, sich auf den Ordoliberalismus zu besinnen. Das bedeutet für ihn, zum Beispiel die Funktionsfähigkeit des Wettbewerbs durch eine Ordnung *für* den Markt zu wahren, statt sie nach „sozialtechnokratischen“ Vorstellungen gestalten zu wollen — ganz im Sinne von Hayek. Und nicht zuletzt betont er solide Staatsfinanzen als Grundvoraussetzung für eine nachhaltige Sicherung des Sozialstaats. Darüber hinaus ist für ihn die beste Sozialpolitik eine Politik, die zu möglichst niedriger Arbeitslosigkeit führt: *„Eine moderne konservative Politik orientiert sich an einem Konzept von Gerechtigkeit, das auf Gleichberechtigung und Chancen für alle setzt und dafür auch aktive Chancenpolitik betreibt. Sie will aber keine Ergebnisgleichheit herstellen und die Gesellschaft nicht nach bestimmten Vorgaben umgestalten. Vielmehr akzeptiert sie bewusst, dass Vielfalt und Ungleichheit die Folge von individuellen Entscheidungen, Leistungen und von Wettbewerb sind.“*

Seine verschiedenen Schriften zeichnet dabei aus, dass er die aktuellen Probleme in ihren historischen Kontext einzuordnen versteht und dem Leser dadurch nicht nur aufeinander aufbauende Entwicklungen, sondern auch zentrale Abgrenzungen klarer werden. Andreas Zielke schrieb dazu in der Süddeutschen Zeitung: Rödders zentrales Anliegen ist der „liberale Konservatismus“.

In seinem viel beachteten Buch „Wer hat Angst vor Deutschland“ setzt er sich mit der Rolle Deutschlands in Europa und den noch immer wirkenden Ängsten und Zerrbildern auseinander. Edelgard von Abenstein überschreibt ihre Rezension im Deutschlandfunk mit einem „Spiegelkabinett der Projektionen“. Rödder identifiziert als Grundproblem europäischer Beziehungen, die Neigung, sich selbst als Opfer zu stilisieren. Dabei vergisst er nicht, „vor der eigenen Tür zu kehren, wenn er eine direkte Linie zieht von der wilhelminischen Larmoyanz bis zur deutschen Klage Anfang des 21. Jahrhunderts „Zahlmeister Europas“ zu sein.“⁵

Aber er bleibt eben nicht stehen bei einer historischen Aufarbeitung der unterschiedlichen Perspektiven, sondern gibt konkrete Politikempfehlungen, die auf dieser Analyse und einer grundsätzlich europafreundlichen Haltung aufbauen. So regt er an, Aufgaben zu definieren, die auf der europäischen Ebene besser zu bewältigen sind als einzelstaatlich und diese „gemeinsam — und unter großzügiger deutscher Beteiligung — zu finanzieren“.⁶

Dabei gibt es einige Aufgaben, die besser auf europäischer Ebene oder gar supra-nationaler erfüllt werden als auf nationaler. Aus

⁵ <https://www.deutschlandfunkkultur.de/andreas-roedder-wer-hat-angst-vor-deutschland-im-100.html>

⁶ A. Rödder „Wer hat Angst vor Deutschland“ (2018), S. Fisher Verlag, 2. Auflage, S. 258

ökonomischer Sicht sollte es dabei vor allem um europaweite oder über Europa hinausgehende öffentliche Güter gehen — beziehungsweise ganz allgemein um Politikbereiche mit externen Effekten, die Ländergrenzen überschreiten. Rödder zählt beispielsweise „eine übergreifende Sicherheits- und Verteidigungspolitik, eine koordinierte Asyl- und Migrationspolitik, gemeinsame Strategien im Bereich der Digitalisierung und grenzüberschreitende Netzinfrastrukturen und Verkehrswege auf“⁷ und weiß sich damit im Einklang mit dem französischen Staatspräsidenten Macron, der in seiner Rede an der Sorbonne 2017 genau diese Bereiche sowie den Klimaschutz als Felder nannte, auf denen ein europäischer Mehrwert gut zu erkennen ist.⁸

Aber Rödder hinterfragt kritisch, ob nicht in anderen Bereichen nationale Lösungen besser funktionieren als europäische, und wendet sich damit gegen die *ever closer union*. Letztlich sieht er insbesondere die Voraussetzungen für eine gemeinsame Geldpolitik aufgrund der Erfahrungen während der Euro-Schuldenkrise kritisch und schlußfolgert:

„Ein offeneres Europa aus Europäischer Währungsunion, Europäischer Union (ohne grundsätzliche Verpflichtung auf die

⁷ Ebenda

⁸ J. Weidmann „Perspektiven für Europa und den Euroraum“, Rede beim Centrum für Europäische Politik, Freiburg, 20.9.2018

gemeinsame Währung) und einer Peripherie mit geringerer Integrationstiefe wäre nicht zuletzt ein Instrument für einen flexiblen Umgang mit dem Brexit, mit der Ukraine, dem Westbalkan und der Türkei.“

Hayek hätte Rödder vermutlich zugestimmt, denn auch er plädiert für einen institutionellen Ordnungsrahmen, der ein Europa der Vielfalt und der Freiheit sichert. In seinem Aufsatz „Die wirtschaftlichen Voraussetzungen föderativer Zusammenschlüsse“ von 1939 unterstreicht er die ökonomische Ratio großer Wirtschaftsräume. Aber Hayek verschließt eben auch vor den Risiken nicht die Augen, in der „Weg zur Knechtschaft“ schreibt er beispielsweise:

„[...] [D]ies bedeutet nicht, daß ein neuer Superstaat Machtbefugnisse bekommen muß, von denen wir noch nicht einmal innerhalb des Staates vernünftig Gebrauch zu machen gelernt haben [...]. Es bedeutet nur, daß es eine Macht geben muß, die verschiedene Nationen von Handlungen zurückhalten kann, die ihren Nachbarn schaden, daß es einen Kodex von Normen geben muß, der festsetzt was ein Staat tun darf und eine Instanz, die diese Normen durchsetzen kann.“ (F. A. von Hayek, „Der Weg zur Knechtschaft“, 1. Neuauflage 2014, Lau-Verlag, S. 285-6.

Hayek nimmt in diesem Zitat Bezug auf die grenzüberschreitenden Externalitäten, die auch bei Rödder Grundlage europäischer Kompetenzen sind. Vor allen aber sieht er den Wettbewerb zwischen Staaten nicht nur als Schutz der Freiheit des Einzelnen, sondern schreibt ihm — ähnlich wie den weiter oben beschriebenen Marktprozessen — auch eine bedeutende Rolle bei der Schaffung von Wissen und politischen Innovationen zu.

Lieber Herr Rödder, die Hayek-Stiftung zeichnet Sie „für [Ihre] auch historisch begründete Einordnung der Bedeutung von Freiheit für Wirtschaft und Gesellschaft in Deutschland und Europa sowie der Bedeutung solider Staatsfinanzen gerade auch für eine nachhaltige Sicherung des Sozialstaats“ mit dem Publizistik-Preis aus.

Herzlichen Glückwunsch!

*

* *